

Kuhl: „Stadt hat ihr Soll mehr als erfüllt“

VERKEHR Bürgermeisterin kann Verzögerung beim Bahntunnel-Neubau nicht nachvollziehen



Der Fußgängertunnel der Bahn in der Bremer Straße ist seit September 2013 gesperrt und soll neugebaut werden.

BILD: ORTGIES

Die Bahn begründet die Entscheidung damit, dass die vertragliche Einigung über die finanziellen Beteiligungen fehle.

VON EDGAR BEHRENDT

LEER - Der Neubau des Fußgängertunnels der Bahn in der Bremer Straße rückt in weite Ferne: Der ursprünglich für diesen Herbst vorgesehene und noch von Ex-Bahnchef Dr. Rüdiger Grube zugesagte Baustart verzögert sich deutlich. Offenbar wurde die Zeit zu knapp. Bei der Bahn heißt es, dass der geplante Baubeginn „mit dem

gesetzlich vorgesehenen Zeitbedarf für die Erstellung von Angeboten und der Ausführungsunterlagen nicht mehr möglich ist“. Was fehlt, seien vertragliche Grundlagen über die finanziellen Beteiligungen, die „trotz intensiver Bemühungen nicht geschaffen werden konnten“.

Um die erforderliche Vereinbarung mit der Bahn unterschreiben zu können, sei zuletzt „die Festlegung der Kostenverteilung zwischen Bahn und Stadt“ noch offen gewesen, erklärt Bürgermeisterin

Beatrix Kuhl. Auch der finanzielle Kostenrahmen sei bis heute nicht bekannt, so die Christdemokratin. Sie betont, „dass wir den Vertrag sehr gerne schließen würden“. Derzeit gebe es aber lediglich

„Wir würden den Vertrag sehr gerne schließen“

BEATRIX KUHL

die unverbindliche Bahn-Aussage über eine städtische Beteiligung in Höhe von 294 000 Euro. Nach vorliegenden unvollständigen Berechnungen gehe man aber von „weitaus höheren, nicht verifizierbaren Kosten“ aus. Es sei nicht möglich, blind in einen Vertrag zu gehen, mög-

licherweise gegen geltende Beschlüsse zu handeln und den Haushaltsansatz zu überschreiten.

Die Stadt habe „unglaublich viel Zeit in das Tunnelprojekt gesteckt“, betont Kuhl. Es sei sogar ein Anwalt eingeschaltet worden, um die vertraglichen Bedingungen auszuarbeiten. „Die Stadt hat ihr Soll mehr als erfüllt“, erklärt die Bürgermeisterin. Ein Beispiel: Die Politik hatte zugesagt, der Bahn etwa 3,4 der zuletzt mit 5,4 Millionen Euro kalkulierten Neubaukosten vorzuschießen. Nach Abschluss des Projekts sollte sie 2020 rund 3,1 Millionen Euro zurückerstattet bekommen.

Dass es jetzt zu einer Verzögerung beim Neubau komme, kann Kuhl nicht nachvollziehen – ebenso wie der von der Stadtverwaltung eingeschaltete Rechtsanwalt. Dieser erklärte laut Kuhl, „dass die Verträge der finanziellen Beteiligung mitnichten ausschlaggebend für den weiteren Verlauf“ des Tunnel-Projektes seien.

Nachdem die Planungsbesprechungen mit der Bahn zunächst „sehr zielführend“ verlaufen seien, sei es in den vergangenen Monaten zu zeitlichen Verzögerungen gekommen, die die Stadt nicht zu verantworten habe, erklärt Kuhl.